

Albrecht von Lucke

## 70 Jahre Befreiung: Deutsche Kälte, deutsches Glück

70 Jahre sind, aus historischer Sicht, eine Petitesse. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 trennen uns heute nur gut zwei Generationen. Und tatsächlich scheinen die Mentalitäten und Einstellungen zahlreicher Deutscher, ob alt oder jung, in erschreckender Weise unverändert.

Die jüngsten Anschläge auf Asylbewerberheime – in Tröglitz, aber auch an vielen anderen Orten dieses Landes – erinnern unweigerlich an die Beobachtungen Hannah Arendts im Jahr 1950. Als die Philosophin das geschlagene Deutschland besuchte, zum ersten Mal nach ihrer Flucht ins Exil, machte sie die bittere Erfahrung „einer echten Gefühlsunfähigkeit“ in der deutschen Bevölkerung: „Dieser allgemeine Gefühlsangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden.“<sup>1</sup>

Heute bekommt man wieder einen Eindruck von dieser deutschen Gefühlskälte – und von jener „brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen der deutschen Geschichte zu stellen“. Das allerdings manifestiert sich nicht nur im grassierenden Rassismus in Tröglitz, sondern auch beim rabiaten Umgang mit den griechischen Reparationsforderungen. Was wir derzeit erleben, ist eine fatale, untergrün-

dige Verbindung von brutaler Menschenfeindlichkeit auf der Straße und einem dezidierten Willen zum Schlussstrich in Teilen der Deutungseliten.

Gewiss, in den vergangenen sieben Jahrzehnten haben wir uns daran gewöhnt, der NS-Verbrechen zu gedenken, nicht zuletzt am 8. Mai. Ungemütlich, ja kaltherzig werden viele Deutsche jedoch immer dann, wenn sie dafür in die Tasche greifen müssen. Dass uns die monströsen Untaten etwas kosten könnten, haben wir ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, dass an den Folgen der deutschen Schuld bis heute vor allem Andere leiden müssen. Schon vor zehn Jahren rangen sich die großen deutschen Konzerne nur deshalb zu einer Entschädigung für die immer weniger werdenden NS-Zwangsarbeiter in Höhe von zehn Mrd. Euro durch, weil sie mit Sammelklagen vor US-Gerichten (und mit imagegefährdenden öffentlichen Kampagnen) unter Druck gesetzt wurden. Am Anfang stießen die Forderungen dagegen auf radikale Abwehr. Heute vernimmt man wieder den gleichen Ton. Die Reparationsforderungen Athens seien „ein billiges Ablenkungsmanöver“, heißt es von Gerda Hasselfeldt (CSU). Und der krachlederne Volker Kauder (CDU) setzt noch einen drauf: „Das ist ausgestanden. Es gibt keinen Anspruch, und die Griechen sollen sich mal mit ihrer Hausaufgabe beschäftigen.“ Es fehlte nur noch das „Basta“.

Faktisch aber ist, jedenfalls von griechischer Seite, gar nichts „ausgestanden“ – rechtlich nicht und schon gar nicht moralisch. Tatsächlich holt uns mit der ungelösten Reparations-

1 Hannah Arendt, Zur Zeit. Politische Essays, hg. von Marie Luise Knott, Hamburg 1999, S. 43-81, hier: S. 43f.

frage nicht nur die NS-Geschichte, sondern auch die jüngste Vergangenheit wieder ein. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, unterzeichnet von den vier Siegermächten und beiden deutschen Staaten, wurde das Problem vor 25 Jahren vermeintlich elegant gelöst, nämlich zu Lasten all jener Länder, die über berechnete Forderungen für erlittene Verbrechen verfügten, nicht zuletzt der Griechen. Von 1941 bis 1944 brannten die deutschen Besatzer ganze Ortschaften nieder, sie plünderten und schändeten. Mindestens 30 000 Griechen wurden bei Vergeltungsaktionen ermordet, 60 000 griechische Juden in den KZs. In den Wintern 1941/42 und 1942/43 starben 300 000 Menschen an Hunger, die Säuglingssterblichkeit betrug 80 Prozent. Doch eine nennenswerte Entschädigung ist bis heute nicht erfolgt. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurden Reparationsansprüche gegen die Bundesrepublik solange aufgeschoben, bis Deutschland mit den Alliierten einen endgültigen Friedensvertrag geschlossen habe. Doch als eine abschließende Regelung nach 1989 anstand, sorgte die Kohl-Regierung ganz bewusst dafür, dass der Begriff „Friedensvertrag“ vermieden wurde. An einem solchen könne man „aus finanziellen Erwägungen kein Interesse haben“, so der damalige Staatssekretär Friedrich Voss.<sup>2</sup> „Wir haben einen Friedensvertrag von vornherein abgelehnt – nicht zuletzt wegen der Gefahr von Reparationsforderungen“, stellt Chefunterhändler Horst Teltschik heute mit entwarfender Ehrlichkeit fest.<sup>3</sup>

Nun aber beruft sich die Bundesregierung darauf, dass eine „Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, so der offizielle Titel des Zwei-plus-Vier-Vertrages, eben doch getroffen worden wäre und Griechenland seine Forderungen während jener

Verhandlungen hätte geltend machen müssen – Verhandlungen, die man zum damaligen Zeitpunkt aber gerade nicht als Friedensvertrag auswies. Da Griechenland seine Ansprüche erst 1995 angemeldet habe, seien diese verfallen. Auf diese Weise wurden die Griechen schlicht ausmanövriert.

Noch grotesker liegt der Fall bei jener Zwangsanleihe in Höhe von 476 Mio. Reichsmark, die das NS-Regime selbst als „Reichsverschuldung gegenüber Griechenland“ auswies. Dank aufgelaufener Zinsen würde sich diese Verpflichtung heute auf rund 10 Mrd. Euro belaufen. Der Historiker Hermann Fleischer verwies schon vor Jahren auf die absurde Situation, „dass Exponenten des NS-Regimes den kreditären Charakter dieser Zahlungen, die deutsche Schuld gegenüber Griechenland, explizit anerkannten, dies aber von den demokratisch gewählten Regierungen der BRD, der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, ignoriert wird“.<sup>4</sup> Dennoch stellt die schwarz-rote Bundesregierung lapidar fest: „Selbstverständlich fällt für uns der Komplex der Zwangsanleihe unter das Kapitel Reparationen und dieses Kapitel ist für uns rechtlich wie politisch abgeschlossen“. Für die Griechen ist dagegen nichts „abgeschlossen“. Auch wenn man sich über den Zeitpunkt streiten kann: Dass Syriza gerade jetzt Entschädigungen für die NS-Verbrechen fordert, kann, angesichts der existenziellen Krise des Landes, nicht wirklich verwundern. Schließlich hatte bereits die konservative Regierung unter Antonis Samaras eine Prüfkommision eingesetzt.

Was hingegen tatsächlich „beeindruckt“, ist die brachiale Zurückweisung auf deutscher Seite, nicht zuletzt von einem Teil der Medien. Besonders kaltschnäuzig geriert sich die selbsternannte „Zeitung für Deutschland“: „Auf welchem Planeten haben diese Volksvertreter eigentlich die letzten – bleiben wir höflich – vierzig Jahre ver-

2 Die Furcht vor dem F-Wort, in: „Der Spiegel“, 21.2.2015.

3 Interview mit Horst Teltschik im „Deutschlandfunk“ (DLF), 14.3.2015.

4 Interview „Deutschlandradio Kultur“, 2.3.2010.

bracht?", attackiert die „FAZ“ all jene, die sich für Reparationszahlungen einsetzen. Auch im Ausland werde „nicht nur die Einzigartigkeit deutscher Verbrechen, sondern auch der einzigartige Umgang mit der eigenen Vergangenheit gesehen. Wer das in Frage stellt und auch noch das Reparationsfass wieder aufmacht, ist nicht von dieser Welt – und muss sich an seinen Amtseid erinnern lassen.“<sup>5</sup> Schamloser kann ein Schlusstrich wohl kaum gefordert werden. Man fühlt sich an das legendäre Strauß-Wort erinnert: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“<sup>6</sup> Prompt finden sich im Netz beifällige Kommentare: „Die Welt sollte sich uns gegenüber mal dankbar zeigen. Man vergisst allzu leicht immer die großartigen Leistungen der deutschen Kultur, die der Welt einen solch enormen Nutzen gebracht haben. [...] Also, wenn von Schaden die Rede ist, den die Deutschen der Welt zugefügt haben, wie wäre es, wenn man diesen dann mal gegen den Nutzen aufrechnet?“<sup>7</sup> Selbst der ansonsten so nachdenkliche „Deutschlandfunk“ fragt sichtlich ungehalten: „Ist die Geduld mit Griechenland unendlich? Was müssen wir uns eigentlich alles noch zumuten?“<sup>8</sup>

Hier zeigt sich eine fatale Entwicklung: 70 Jahre nach Kriegsende mutiert der Deutsche in seiner Selbstwahrnehmung zusehends vom Täter zum Opfer. Offenbar geht mit der neuen hegemonialen Rolle Deutschlands in Europa der immer deutlicher artikulierte Wunsch einher, von den „Altlasten“ der deutschen Geschichte befreit

zu werden, endlich das „Schuldtrauma“ hinter sich zu lassen und nicht länger das Opfer finsterner Mächte zu sein.

### Tröglitz als Exempel

Diese Haltung verbindet die Höhen der kommentierenden Zunft mit den gesellschaftlichen Abgründen, die in Tröglitz zum Ausbruch kamen. Auch hier begreifen sich die Menschen ganz offensichtlich als reine Opfer, in diesem Falle „der Politik“, die den Asylsuchenden angeblich das Geld „in den Hintern bläst“. Doch immer dann, wenn der gemeine Deutsche sich als Opfer sieht, wird es gemeingefährlich: so geschehen 1914, als böse Mächte Deutschland den verdienten „Platz an der Sonne“ nicht gönnten, oder auch nach 1918, als die Siegermächte Deutschland dem „Diktat von Versailles“ unterwarfen. Dann richtet sich der deutsche Hass nicht gegen die wirklich Verantwortlichen für die eigenen Untaten, davor feilt die Deutschen ihre Autoritätshörigkeit, sondern gegen die da unten, denen es noch schlechter geht als einem selbst.

Nein, Tröglitz ist zum Glück noch nicht überall. Allerdings ist es allein seit März 2014 zu über einem Dutzend vergleichbar schwerer Anschläge auf geplante Asylunterkünfte gekommen, in Ost und West, von Sachsen bis Schleswig-Holstein.<sup>9</sup> Noch alarmierender ist allerdings, dass rassistische Ressentiments an immer mehr Orten zum Ausdruck kommen und sich auf diese Weise wechselseitig verstärken. Tröglitz muss daher vor dem Hintergrund von Pegida gesehen werden. Dort artikuliert sich in dem keineswegs ironisch gemeinten „Putin hilf uns“ eine zutiefst antidemokratische, autoritäre Haltung und in dem Wüten gegen Flüchtlinge ein Ressentiment gegen alles, was angeblich anders ist und nicht hierher gehört. Diese schier bodenlose Enttäuschung über „das System“

5 Reinhard Müller, Nicht von dieser Welt, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 18.3.2015.

6 Zit. nach „Frankfurter Rundschau“, 13.9.1969.

7 Kommentar von Harry Hermann, 19.3.2015, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-von-reinhard-mueller-zu-reparationen-13491677.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-von-reinhard-mueller-zu-reparationen-13491677.html).

8 So der Moderator Gerd Breker im Interview mit Max Straubinger (CSU), DLF, 7.4.2015.

9 Übersicht auf [www.mdr.de/exakt/asy1342.html](http://www.mdr.de/exakt/asy1342.html).

blendet völlig aus, welch ungeheures Glück wir Deutschen nach 1945 hatten und haben: Nach den ungeheuren Untaten des vergangenen Jahrhunderts sind wir heute die wohlhabendste Nation Europas, die sogar von der jüngsten Euro-Krise noch profitiert.

Doch trotz aller gemeinsamen Resentiments findet sich im Osten offenbar ein tiefer liegendes Opfer-Syndrom als im Westen, was sich vor allem durch die Geschichte des gespaltenen Landes erklärt. Tatsächlich bedeutete für den Westen der 8. Mai 1945 nicht nur die Befreiung von der Barbarei, sondern auch den Beginn der Demokratie. Dennoch dauerte es auch dort 40 Jahre, bis Richard von Weizsäcker 1985 das formulierte, was es „verbindlich für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Dank der Befreiung durch die Alliierten – und infolge der totalen Niederlage – konnte im Westen zum ersten Mal auf deutschem Boden die Demokratie in der Gesellschaft Wurzeln schlagen.

Der Osten sollte dagegen erst 45 Jahre nach 1945 in der Demokratie ankommen. Umso mehr muss es erschrecken, dass heute, nur 25 Jahre später, von diesem demokratischen Aufbruch kaum mehr etwas zu spüren ist. Als 1989 der Ruf „Wir sind das Volk“ ertönte, richtete er sich gegen die SED-Diktatur, war er Ausdruck einer demokratischen Erhebung. Heute ist ein neues, infames „Wir sind das Volk“ daraus geworden, dass sich nur gegen die Schwächsten richtet: „Und ihr seid es nicht – also raus mit euch“. Hier herrscht keinerlei Bewusstsein für das Glück der Deutschen nach 1945, stattdessen nur das von Arendt beschriebene kaltherzige Selbstmitleid. Zweifellos basiert dies auch auf realen Erfahrungen nach der friedlichen Revolution. Aus dem Versprechen „blühender Landschaften“ wurde für nicht Wenige die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und gesellschaft-

lichem Abstieg. Das rechtfertigt jedoch in keiner Weise den brutalen Sozialneid nach unten, der den Elendsflüchtlingen das Dach über dem Kopf nicht gönnt, derweil Unzählige Tag für Tag auf dem Mittelmeer ertrinken.

In dieser Kälte liegt aber auch ein Versagen der Deutungseliten. Wer nicht mehr das Glück der Deutschen ab 1945, trotz der großen Schicksals- und Vermögensunterschiede, hervorhebt, trägt dazu bei, dass die Bevölkerung für die Verpflichtung aus der Geschichte weniger empfänglich wird. Diese Verpflichtung aber bedeutet zuallererst, jeder neuerlichen Abwertung der Schwächsten entschieden zu begegnen. „Im vergangenen halben Jahr ist in Deutschland etwas passiert, das alle Hemmschwellen eingerissen hat.“ Mit diesen Worten beklagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière völlig zu Recht ein „Klima der Maßlosigkeit und des Hasses“ in der öffentlichen Debatte. Wenn nun zum 8. Mai wieder von deutscher Verantwortung die Rede ist, wird es daher darauf ankommen, darin nicht primär eine abgegoldene Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit zu sehen. Im Gegenteil: Viele Nazi-Opfer leben noch, nicht nur in Griechenland, und oft unter erbärmlichen Verhältnissen. Und das Beispiel Tröglitz zeigt, dass heute längst wieder die Schwächsten zu Opfern werden – von Deutschen, die sich selbst zu Opfern stilisieren.

Man muss daher gewiss nicht so weit gehen wie der frühere „Blätter“-Mitherausgeber Günter Gaus, der – bei aller Kritik – in der „sozialen Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik“ den „revolutionären Höhepunkt“ der „geistigen Emanzipation der Menschen im aufgeklärten Europa“ sah.<sup>10</sup> Dennoch zeigt sich heute, 70 Jahre nach 1945 und 25 Jahre nach 1989/90, dass es längst wieder an der Zeit ist, die offene Gesellschaft zu verteidigen – gegen ihre kaltherzigen Verächter.

<sup>10</sup> Günter Gaus, Keine Zeit für große Würfe, in: „Freitag“, 23.5.2003.